



# International Labour Organisation

## ILO-Nachrichten 3 / 2000

Herausgeber: ILO-Vertretung, Hohenzollernstr. 21  
53173 Bonn, Tel 0228 / 36 23 22, Fax 0228 / 35 21 86  
E-mail: [bonn@ilo.org](mailto:bonn@ilo.org) Internet: <http://www.ilo.org/bonn>  
Verantwortlich für den Inhalt: Kirsten Köppen

## Die ILO-Strategie zur sozialpolitischen Flankierung der Globalisierung

### Integration sozialer Mindeststandards in marktwirtschaftliche Umstrukturierungsprozesse

**Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks wie der Zentralverwaltungswirtschaften gibt es erstmals seit rund achtzig Jahren (Beginn des Ersten Weltkriegs) wieder so etwas wie eine globale Marktwirtschaft. Das damit verbundene Anschwellen der weltweiten Güter-, Dienstleistungs- und Finanzströme hat zwar zu einem rasanten Anstieg des Weltsozialproduktes geführt, aber die sog. Globalisierungsgewinne sind ungleich verteilt. Dies nicht nur zwischen einzelnen Ländern und Regionen; auch innerhalb der Staaten wächst die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung. Angesichts dieser Entwicklung ist sich die internationale Gemeinschaft einig, dass die globalen Umstrukturierungsprozesse sozialpolitisch flankiert werden müssen. Die ILO ist aufgerufen, die hierzu notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.**

#### Auftrag und Hintergrund

Ausgangspunkt dieser Entwicklung war der Weltsozialgipfel der Vereinten Nationen 1995 in Kopenhagen. Die dort versammelten Staats- und Regierungschefs aus 118 Ländern berieten über die Frage, wie die wirtschaftlichen und gesellschaft-

lichen Rahmenbedingungen gestaltet werden müssten, um Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung zu überwinden und eine nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklung zu erreichen. Dies vor dem Hintergrund andauernder besorgniserregender Tatbestände und Entwicklungen:

- Noch profitieren viele ärmere Länder zu wenig vom wachsenden Welthandel. Mehr als die Hälfte des Warenaustausches wird zwischen den 29 Mitgliedstaaten der OECD, den fortgeschrittensten Industriestaaten, abgewickelt.

- Private Kapitalströme dominieren heute die internationalen Finanztransfers. Machten diese vor sieben Jahren lediglich die Hälfte der öffentlichen Entwicklungshilfe aus, so belaufen sie sich heute nach einer Schätzung der Weltbankgruppe auf das Fünffache. Aber 75% der privatwirtschaftlichen Gelder fließen in nur 12 Länder. 140 Länder erhalten demgegenüber ganze 5 % dieser Mittel; nach Schwarzafrika gelangt nur 1%.

- In den meisten ärmeren Ländern, auch solchen mit beachtlichen Wachstumsraten, wird nur ein geringer Anteil des laufenden Bruttoinlandsproduktes für die

## **ILO-Generaldirektor in Deutschland**

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes Juan Somavia, stattete am 28. und 29. September 2000 der Bundesrepublik Deutschland seinen ersten offiziellen Besuch ab. Auf Regierungsebene traf er sich u.a. mit dem für die ILO zuständigen Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Riester, sowie der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, die die ILO bei ihrer Technischen Zusammenarbeit nachhaltig unterstützt.

Treffen mit den Führungsebenen von DGB und BDA sowie Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages unter Leitung der Vorsitzenden Doris Barnett rundeten den Besuch ab.

Am 3. Oktober 2000 legte der Generaldirektor in einer Rede auf der EXPO in Hannover seine Vorstellungen zur Gestaltung der Globalisierung dar. Die Ansprache war Höhepunkt des Globalen Dialoges mit dem Thema "Arbeiten im 21. Jahrhundert - Nachhaltiges Wirtschaften und soziale Verantwortung", der von der ILO wesentlich mitgestaltet wurde.

Somavia bezeichnete die Überwindung der wachsenden Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung als zentrale Herausforderung der Zukunft. Die Schlüsselgröße sei Beschäftigung. Er appellierte an die Weltgemeinschaft, den weltwirtschaftlichen Integrationsprozess so zu gestalten, dass allen Menschen, die arbeiten wollen, die Möglichkeit zu einer auch menschenwürdigen Arbeit (decent work) gegeben werde.

soziale Sicherung bereitgestellt. Rund 90% der Weltbevölkerung leben ohne jeglichen oder mit gänzlich unzureichendem Sozialschutz. Das Fehlen eines solchen Stabilisators erhöht die Anfälligkeit für Finanzkrisen und deren gesellschaftliche Kosten beträchtlich, wie es beispielsweise in Ost- und Südostasien deutlich geworden ist (Panikreaktionen der Wirtschaftsakteure, rasanter Anstieg der Arbeitslosigkeit, drastische Verringerung der Realeinkommen, Schwächung des gesellschaftlichen Mittelstandes).

- Die globale Ökonomie schafft nicht genug und nicht genügend menschenwürdige Arbeitsplätze. Ein Drittel der Weltbevölkerung, das sind 1 Milliarde Menschen, ist entweder arbeitslos oder unfreiwillig unterbeschäftigt. Davon sind rund 150 Millionen statistisch registrierte Arbeitslose. 75% davon erhalten keinerlei Unterstützung.

- Der informelle Sektor - ein Wirtschaftsbereich gekennzeichnet durch niedrige Löhne, hohes Beschäftigungsrisiko, kaum vorhandene soziale Absicherung, niedrige Standards bei Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit - stellt in vielen Ländern die meisten Arbeitsplätze und entwickelt die größte Beschäftigungsdynamik. So sind in jüngerer Zeit praktisch alle neuen Arbeitsplätze in Südamerika und 80% der zusätzlichen Beschäftigung in Afrika hier entstanden.

- Der Arbeitsschutz, der Sozialschutz auf der Basis des Unternehmens, findet weltweit nur wenig Beachtung. Jedes Jahr sterben mehr als eine Million Menschen infolge eines Arbeitsunfalls oder erliegen einer Berufskrankheit.

Der Weltsozialgipfel 1995 hat hierauf zwei politische Antworten formuliert:

1. Es wurde ein internationaler Konsens hergestellt, dass ein allgemein akzeptiertes soziales Mindestniveau benötigt wird, um zu verhindern, dass die weltweite Standortkonkurrenz die Lebens- und Arbeitsbedingungen generell verschlechtert. Der ILO wurde die Aufgabe zugewiesen, für eine sozialpolitische Flankierung des globalen Wettbewerbs durch universelle soziale Mindeststandards in der Arbeitswelt zu sorgen.

2. Die in Kopenhagen anwesenden Staats- und Regierungschefs haben sich verpflichtet, "das Ziel der Vollbeschäftigung als grundlegende Priorität ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu fördern und es allen Menschen, Frauen wie Männern, zu ermöglichen, sich durch eine frei gewählte Erwerbstätigkeit und produktive Arbeit einen sicheren und dauerhaften Lebensunterhalt zu sichern" (Verpflichtung 3 des Weltsozialgipfels).

### **Programme und Prioritäten**

Die ILO hat hierauf folgende Maßnahmen eingeleitet:

1. Kampagne zur universellen Ratifikation jener acht ILO-Übereinkommen, die sich mit den für die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen grundlegenden Sozialstandards befassen (Vereinigungsfreiheit und Anerkennung des Rechts auf Kollektivverhandlungen, Beseitigung von Zwangs- und Pflichtarbeit, Abschaffung

der Kinderarbeit und vordringliche Beseitigung ihrer schlimmsten Formen sowie Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf). Die Kampagne begann 1995. Ende November 2000 lagen 1030 von 1400 möglichen Ratifikationen vor, das ist ein Plus von 231 Ratifikationen. Von den 175 Mitgliedsstaaten der ILO haben 32 alle acht Kernübereinkommen ratifiziert, 49 Staaten brachten es bisher auf sieben Ratifikationen.

2. Jene Länder, die die einschlägigen Übereinkommen noch nicht ratifiziert haben, haben sich mit der auf der 86. Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 1998 einstimmig angenommenen "Feierlichen Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit" verpflichtet, die diesen zugrundeliegenden Rechte und Prinzipien "in gutem Glauben und gemäß der Verfassung einzuhalten, zu fördern und zu verwirklichen" (Ziffer 2 der Erklärung).

3. Unter Generaldirektor Juan Somavia (seit März 1999) hat die ILO die Frage der sozialen Mindeststandards in eine globale Entwicklungsstrategie eingebettet: Alle Menschen, die arbeiten wollen, sollen die Möglichkeit zu menschenwürdiger Arbeit ("decent work") erhalten.

Dass Fortschritte bei der Durchsetzung sozialer Standards nur zu erreichen sind, wenn Beschäftigung und damit Einkommen für die Menschen entstehen, wurde von dem zweiten "Weltsozialgipfel" (Kopenhagen +5) im Juni 2000 in Genf bestätigt. Er würdigte das seit 1995

Willkommen auf der Homepage der ILO-Vertretung in Bonn:  
<http://www.ilo.org/bonn>

Erreichte und ermittelte weiteren Handlungsbedarf. Die ILO wurde beauftragt, ein "Weltbeschäftigungsforum zu organisieren sowie den Gedanken- und Informationsaustausch über erfolgreiche Beschäftigungsstrategien ("best practices") anzuregen und zu koordinieren" (Social Summit + 5, The Outcome Document, Part III).

### **Aktionsebenen und Akteure**

Zur Durchsetzung universeller Sozialstandards müssen zwei klassische Selbstblockaden überwunden werden:

- Eine verbreitete Strategie fortgeschrittener Volkswirtschaften ist es, die Öffnung ihrer Märkte für die ärmeren Länder von der Einhaltung bestimmter Sozialstandards abhängig zu machen. Sie befürchten, dass anderenfalls der intensivierte Wettbewerb um Marktanteile und Investitionen in eine ungebremste Spiralbewegung des Abbaus von Arbeitnehmerrechten und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ausartet. Bei Nichteinhaltung solcher Standards werden nicht selten Handelssanktionen angedroht. Auf diesem Wege ist allerdings kein sozialer Fortschritt zu erwarten. Vielmehr verhindern derartige Sanktionen, dass die ärmeren Länder die für ihre gesellschaftliche Entwicklung notwendigen Ressourcen selbstständig erwirtschaften können. Ein Transfer der benötigten Mittel allein aus Quellender öffentlichen Entwicklungshilfe ist nicht möglich. Die beste Hilfe sind daher offene Märkte ("Handel statt Hilfe").

- Einige - vor allem ärmere - Länder vollziehen einen aufgrund einer positiven Wirtschaftsentwicklung durchaus mög-

lichen sozialen Fortschritt deswegen nicht, weil dies - zumindest kurzfristig - die allgemeinen Produktionskosten erhöhen und Wettbewerbsnachteile mit sich bringen würde. Daraus entsteht das Dilemma, dass andere Länder aus Wettbewerbsgründen von der Verwirklichung sozialer Verbesserungen abgehalten werden (die einen können, aber wollen nicht, wodurch andere, die wollen, nicht können).

Notwendig ist ein Wechselspiel zwischen offenen Märkten und verbesserten Sozialstandards. Die dazu erforderlichen politischen Aktivitäten müssen sich gleichermaßen auf die nationale Ebene wie auf den internationalen Kontext erstrecken:

#### Nationale Ebene:

Zur tatsächlichen Durchsetzung von höheren Sozialstandards müssen häufig erst grundlegende ökonomische, administrative und infrastrukturelle Hindernisse und Probleme überwunden werden. Dabei verbessert nach den Erkenntnissen der ILO ein Ansatz, der Regierungen und Zivilgesellschaft integriert, die Erfolgsaussichten beträchtlich.

Die Regierungspolitik sollte sich demnach konzentrieren auf Massnahmen wie:

- Ratifikation und tatsächliche Umsetzung der acht ILO-Kernübereinkommen,
- Schaffung einer stabilen und verlässlichen Rechtsordnung, die auch die tatsächliche Anwendung angenommener Normen und Standards sicherstellt,
- Etablierung eines ordnungspolitischen Rahmens, der Sparen und Investitionen fördert,

- Aufbau effektiver und effizienter Verwaltungsinstitutionen,
- Förderung von Bildung und Ausbildung sowie Forschung und Entwicklung zur Steigerung von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit,
- Schuldenreduktion.

Transnationale Unternehmen können als Vorreiter die ökonomische und soziale Entwicklung auf nationaler Ebene forcieren, z.B. durch Aufstellung firmenbezogener Verhaltenscodices, die bestimmte Festlegungen bezüglich Kinderarbeit, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Arbeitszeiten u.a.m. enthalten. Dabei können sie sich auf anerkannte Vorlagen stützen. Genannt seien hier insbesondere die dreigliedrige Grundsatzerklärung der ILO über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik aus 1977, die OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen aus 2000 oder der von UNO-Generalsekretär Kofi Annan vorgelegte Globale Pakt ("global compact"), der sich in seinem sozialpolitischen Teil ausdrücklich auf die ILO-Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit aus 1998 bezieht.

#### Internationale Ebene:

Die genannten Veränderungsprozesse auf nationalstaatlicher Ebene müssen auf multilateraler Ebene durch Beratung und, falls nötig, Finanzhilfen unterstützt und von einer weltweiten Einhaltung globaler Regeln und Standards begleitet werden. Neben der ILO spielen dabei vor allem folgende Organisationen eine Rolle:

*Welthandelsorganisation (WTO):* Die WTO trägt nach ihrem Selbstverständnis

zur Durchsetzung von Sozialstandards bei, indem sie die einheitliche Anwendung und Auslegung des Welthandelsrechts sichert (Art. III, WTO-Übereinkommen) und es so den ärmeren Ländern durch Handelsliberalisierung ermöglicht, ihre komparativen Kostenvorteile zu nutzen.

*Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbankgruppe (sog. Bretton-Woods-Organization):* Der IWF und die Weltbankgruppe (bestehend aus International Bank for Reconstruction and Development (IBRD) - der Weltbank i.e.S. - und vier ihr nahestehenden Institutionen) nehmen Einfluss auf die internationale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Sie fördern die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung durch technische Zusammenarbeit mit Schwerpunkt in den Bereichen Gesundheit, Bildung, marktwirtschaftliche Prozesse und soziale Sicherung sowie durch Vergabe von Regierungsdarlehen zur Wiederherstellung der Kapitalmarktfähigkeit von Ländern mit Liquiditätsproblemen. Daneben unterstützen sie private ausländische Direktinvestitionen z.B. durch Absicherung bestimmter Investitionsrisiken, stabilisieren Klein- und Mittelbetriebe und schlichten Konflikte zwischen ausländischen Investoren und Zielländern.

#### **Perspektiven**

Seit 1996 gibt es Verbindungen zwischen der ILO und der WTO. Diese hat sich verpflichtet, die ILO-Standards zu beachten: "Wir bestätigen unsere Unterstützung für ihre Arbeit zur Förderung derselben" (Erklärung der 1. Ministerkonferenz der WTO in Singapur, 1996). Aber die Etablierung weltweiter Sozialstan-

dards im Wege der Handelspolitik bleibt diffizil:

- Die WTO ist Schlichtungsinstanz bei Streitigkeiten um die Anwendung und Auslegung bestehender Handelsvereinbarungen zwischen den Mitgliedsstaaten. Dabei bleiben die Produktionsprozesse und -verfahren, also die Verhältnisse, unter denen Güter erzeugt und Dienstleistungen erbracht werden und in den internationalen Handel gelangen, bei ihren Entscheidungen unberücksichtigt.

- Sozialstandards können - und sollten - nicht unter dem Druck von Handelssanktionen durchgesetzt werden. Den ärmeren Ländern müssen ihre spezifischen komparativen Kostenvorteile im Grundsatz erhalten bleiben, um ihnen wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Fortschritt zu ermöglichen. Daher auch die eindeutige Feststellung in der ILO-Erklärung von 1998, dass die ILO-Normen "nicht für handelsprotektionistische Zwecke verwendet werden dürfen und dass diese Erklärung und ihre Folgemaßnahmen nicht für solche Zwecke geltend gemacht oder sonstwie verwendet werden dürfen".

Es gibt gute Gründe für die Einbeziehung auch der Bretton-Woods-Organisation in die ILO-Strategie zur weltweiten Durchsetzung sozialer Mindeststandards:

- Es besteht eine eindeutige Korrelation zwischen der Beachtung von Sozialstandards und einer erfolgreichen Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik,

- Die entwicklungsstrategischen Zielbündel der drei Institutionen gleichen sich an. So verfolgt die Weltbank heute neben

der bis in die 80er Jahre gültigen Zielsetzung "Entwicklung der Produktivität und des Lebensstandards in den Mitgliedsstaaten" auch die "Entwicklung der Arbeitsbedingungen" (Art. I des zuletzt 1989 novellierten IBRD-Übereinkommens). Und vorrangiges Ziel des IWF ist heute nicht mehr nur "die Erleichterung eines ausgeglichenen Wachstums des Welthandels", sondern ebenso "die Förderung eines möglichst hohen Beschäftigungsstandes, angemessener Realeinkommen und die Entwicklung der Produktionsfaktoren in den Mitgliedsstaaten" (Art. I des zuletzt 1992 novellierten IWF-Übereinkommens). Noch bestehende Harmonisierungsprobleme sind angesichts der Zielkonvergenzen überwindbar.

- Es wird zunehmend anerkannt, dass die Verwirklichung der zentralen ILO-Normen zu einer allgemeinen sozio-ökonomischen Stabilisierung beiträgt und damit eine präventive Wirkung im Hinblick auf Finanz- und Wirtschaftskrisen ausübt. Diese Komponente liegt insbesondere im Interesse des IWF, der regelmäßig erst dann in Aktion tritt, wenn eine Krise tatsächlich ausgebrochen ist.

- Die innerstaatliche Respektierung der ILO-Standards könnte befördert werden, wenn es etwa. in den Bereichen Sozialinstitutionen, Beschäftigungspolitik, Sozial- und Arbeitsrecht zu koordinierten Aktionen aller Beteiligten käme. So ist z.B. unbestritten, dass die weltweit stark beachteten Aktivitäten der ILO zur Abschaffung der Kinderarbeit die Ratifizierung des einschlägigen Übereinkommens über das Mindestalter bei der Arbeit (Nr. 138) deutlich vorangebracht haben.

- Aufgrund wachsender Bedürfnisse der Entwicklungsländer auf der einen Seite und knapper werdender Mittel der Entwicklungshilfe auf der anderen Seite sind Synergieeffekte notwendig. Überlappungen und kontraproduktive Wirkungen von Programmen und Projekten der Entwicklungszusammenarbeit müssen vermieden werden. Komplementäre Strategien und abgestimmtes Handeln sind erforderlich. So würde z.B. das für die Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung so bedeutsame Entstehen wirklich unabhängiger Gewerkschaften und Arbeitgebervertretungen begünstigt, wenn alle Akteure die diesbezüglichen ILO-Übereinkommen - neben den anderen Kernnormen - unterstützen würden. Gerade hier liegt derzeit noch eine Achillesferse der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Ein derartiges Zusammenwirken der verschiedenen internationalen Organisationen soll nicht etwa in eine neue multilaterale Bürokratie einmünden. Aufgrund der Konvergenz der Zielsetzungen und der Komplementarität der Institutionen verheißt eine gleichberechtigte Zusammenarbeit bessere Erfolgsaussichten. Vorbilder könnten die Vereinbarungen zwischen IWF und Weltbankgruppe über die Zusammenarbeit auf dem Finanzsektor oder jene zwischen der WTO und der ILO im Bereich der sozialen Normen sein.

Bei ihren Bemühungen, die nach wie vor bestehende Zersplitterung der internationalen Aktivitäten und die unzulängliche Koordinierung zwischen den internationalen Akteuren zu überwinden, steht die ILO nicht allein. Vieles spricht dafür, dass das Zusammenwirken aller in der

internationalen Entwicklungsarbeit tätigen Organisationen künftig weiter intensiviert wird mit dem Ziel, gemeinsam mehr Wohlstand für alle zu schaffen und damit die Akzeptanz der Globalisierung zu stärken und dauerhaft zu erhalten.

### **Deutschland und die Förderung von Arbeits- und Sozialstandards**

Entwicklungszusammenarbeit wird in Deutschland betrachtet als Bestandteil einer globalen Strukturpolitik mit dem Ziel der Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Die finanziellen und personellen Ressourcen werden auf jene Länder konzentriert, die sich auf folgenden Gebieten nachhaltig engagieren:

- Armutsbekämpfung und soziale Entwicklung,
- Schaffung demokratischer, rechtsstaatlicher Strukturen,
- Krisenprävention und -bewältigung,
- Verbesserung der ökologischen Verhältnisse sowie
- Schaffung einer marktwirtschaftlich und sozial orientierten Wirtschaftsordnung.

Im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung die Beachtung der Kernübereinkommen der ILO zu einem bedeutenden Indikator für das Kriterium "Förderung der sozialmarktwirtschaftlichen Reformprozesse" erhoben.

Im multilateralen Bereich unterstützt Deutschland die ILO bei ihren Bemühungen, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen internationalen Organisationen zu veranlassen, die in der Erklärung über "Grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit" formulierten Sozialstandards in den Dialog mit den Entwicklungsländern aufzunehmen und mit konkreten Massnahmen zu verbinden.

## ILO-Neuerscheinungen

### **Workers without frontiers**

**The impact of globalization on international migration.** Von Peter Stalker. ISBN: 163 S., 92-2-110854-6, DM 36,-. Erscheint in Englisch

Internationale Wanderungen werden durch die Globalisierung nicht reduziert, im Gegenteil. Wie diese ILO-Studie zeigt, kann man sogar einen noch steigenden Auswanderungsdruck erwarten. Das Werk belegt anhand konkreter Fälle, wie wirtschaftliche Krisen Migrationsdruck schaffen und neue Auswanderungsströme auslösen. Die Diskussion über die Globalisierung berücksichtigt diesen bedeutsamen Aspekt oft nur am Rande oder gar nicht. Darüber hinaus untersucht und analysiert die Veröffentlichung die Verknüpfung von Güter- und Kapitalströmen mit Migrationsphänomenen sowie sozialem und wirtschaftlichem Wandel

### **Action against Child Labour**

**Herausgegeben von Nelien Haspels und Michele Jankanisch.** ISBN: 92-2-110868-6. DM 60,-. Erscheint in Englisch

**Action against Child Labour** wurde für all jene geschrieben, die sich aktiv an der Bekämpfung der Kinderarbeit beteiligen wollen. Von der Intention her zielt es auf die Praxis - sei es auf der Projektebene oder mit Blick auf die Umsetzung größerer Programme.

Es ist jedoch mehr entstanden als nur eine bloße Handreichung für den Praktiker. Gerade aus der Perspektive des Projektplaners wird deutlich, wie komplex das Problem Kinderarbeit mit seinen wirtschaftlichen, kulturellen, gesellschaftlichen, traditionellen, ethischen, rechtlichen und politischen Implikationen in Wirklichkeit ist.

Der Schwerpunkt liegt auf einem mehrgleisigen Vorgehen zur Bekämpfung von Kinderarbeit an verschiedenen Fronten.

Zielorientierte Strategien, Methoden und Instrumente auf verschiedenen Feldern werden dargestellt, wobei den Bereichen Ökonomie, Bildung, Soziales und Kultur die größte Bedeutung beigemessen wird.

### **Social dialogue & pension reform**

**Hrsg. von Emmanuel Reynaud.** 107 S., ISBN 92-2-110835-X, DM 24,-

Die Anpassung der Alterssicherungssysteme an die Anforderungen des demographischen Wandels ist derzeit das große Thema der Sozialpolitik in Deutschland. Und nicht nur hier. Praktisch alle klassischen Industrieländer sind vor diese Aufgabe gestellt und haben die unausweichlichen Reformen mehr oder weniger weit vorangetrieben.

Welche gesellschaftlichen Gruppen sind an der Erarbeitung der Reformen beteiligt? Aus welchen Quellen in Praxis und Wissenschaft wird für die Erstellung der Reformen geschöpft? Das sind die zentralen Fragen, zu deren Beantwortung das Werk "Social Dialogue and pension reform" beiträgt. Stellvertretend für die vielen zentralen und dezentralen, großen und kleinen Netze der Altersvorsorge werden Aufbau und Reformprozess der Systeme in Großbritannien, Deutschland, Japan, Schweden, Italien, Spanien und den Vereinigten Staaten vorgestellt und eingehend beschrieben. Es wird untersucht, wie sich seit Beginn der 80er Jahre die Gewichte zwischen den drei Säulen der Alterssicherungssysteme (solidarisches Umlageverfahren, private und betriebliche Altersvorsorge) verschoben haben und welchen Einfluss die unterschiedlichen Sozialkulturen darauf hatten.